

**Zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplans:** Votum der Ortsbeiräte wird von der Verwaltung durch ein politisches Prozedere demokratisch/undemokratisch ausgehebelt, indem die Verwaltungsvorlage erst nach den Sitzungen der „Fachausschüsse“ den Ortsbeiratsmitgliedern zugesandt wird: Dann ist aber schon alles zuvor entschieden und das Votum des jeweiligen Ortsbeirates kann genauso gut ausbleiben. Das Argument lautet: Es gehe hier ja schließlich um „übergeordnete“ Entscheidungen die gesamte Stadt Trier betreffend und nicht nur um den jeweiligen Einzelwillen unterschiedlicher Stadtteile bzw. deren Vertreter/innen.

Auf der kommenden Ortsbeiratssitzung in Kürenz am 05.03.13 soll die Vorlage 049/2013, also der überarbeitete Schulentwicklungsplan, zur Abstimmung stehen. Gemäß der Gemeindeordnung müssen die Ortsbeiräte, bevor der Stadtrat als letztendliches Entscheidungsgremium der Stadt verbindlich entscheidet, zuvor „gehört“ werden. Genau über dieses Prozedere geht der Streit einiger Ortsbeiräte, die den Heiligkreuzer „Brandbrief“ aus dem letzten Jahr unterstützen, mitsamt seinen erweiterten Forderungen, die Anfang des Jahres 2013 bei einem Treffen der engagierten Ortsbeiräte in Heiligkreuz beschlossen wurden. Bei diesem Treffen wurde von Seiten der Ortsbeiräte ausdrücklich darauf Wert gelegt, dass Verwaltungsvorlagen auch bevor sie in den „Fachausschüssen“ bzw. in den „Dezernatsausschüssen“ von den Vertretern und Vertreterinnen der Fraktionen im Rat diskutiert werden, zuvor von den „Ortsbeiräten“ bewertet worden sein sollen, damit das Votum der „Ortsbeiräte“ vor Ort von den Entscheidungsträgern im Rat der Trier mitberücksichtigt werden kann. Würde umgekehrt – wie es derzeit tatsächlich der Fall ist – zuerst der Fachausschuss sich in einen Fall, wie hier konkret beim Schulentwicklungsplan, festlegen und sein Votum dem Rat anheimstellen, dann wären die Meinungen der Ortsbeiräte völlig unerheblich, weil schlichtweg nicht wahrgenommen.

Nun sieht aber gerade die Tagesordnung der kommenden Ortsbeiratssitzung in Kürenz am 05.03.13 vor, dass die Vorlage 049/2013, also der Schulentwicklungsplan der Stadt Trier, den Ortsbeiräten erst „nach der Beratung in den Fachausschüssen [...] zugesandt“ (Einladung vom 18.02.13) werden soll. Das heißt also konkret: Beim der Entscheidung über den „Schulentwicklungsplan“ für die Stadt Trier ist das Votum der Ortsbeiräte nicht erwünscht. Die Stadtverwaltung verzichtet ausdrücklich auf den Rat der Bürger/innen in den Stadtteilen vor Ort! Das ist wahrlich ein Skandal! Nicht zuletzt auch darum, weil hinlänglich bekannt ist, dass einige Ortsbeiräte den Schulentwicklungsplan in dieser Form nicht mittragen werden – und zwar aus guten Gründen nicht!

Wieder einmal ist es der Verwaltung total egal, was untergeordnete, aber demokratisch gewählte Entscheidungsträger vor Ort denken und wünschen, weil sie nahe am Bürgerwillen der Stadtteile vor Ort stehen. Nur auf diese Weise kann man dann im Rat und in der Verwaltung behaupten, man habe es hier – bei den Entscheidungen im Stadtrat – ja schließlich mit „übergeordneten“ Belangen der gesamten Stadt zu tun und nicht mit Einzelbelangen einzelner Stadtteile. – Leider wird bei dieser (durchaus zynischen) Denkweise vergessen, dass die abstrakten Belange „der gesamten Stadt Trier“, über die der Stadtrat als einziges politisches Gremium letztendlich verbindlich abzustimmen hat, nur dann sinnvoll sind, wenn sie die Belange der Menschen in den Stadtteilen vor Ort zum Ausdruck bringen. Ansonsten könnte der Stadtrat ja auch entscheiden, was er will und wie er will – was tatsächlich geht (!) -, nur hätte das mit einer repräsentativen Demokratie nichts mehr zu tun, weil das ein politisches Missverständnis wäre.

Wie dem auch sei: Als engagierte Ortsbeiräte müsste „man“ dieses von der Verwaltung bei diesem Prozedere (erst Fachsitzungsentscheidung, dann Ortsbeiratsentscheidung) vorgesehene Votum

geschlossen verweigern. Dieses Prozedere wird dem Geist der Gemeindeordnung nach §75 nur formal gerecht, weil letztlich der Rat der Stadt Trier entscheidet. Das Prozedere ist aber eine ungeheure Provokation insofern, als die „Fachausschüsse“ der Dezernate schon vor dem möglichen Votum der Ortsbeiräte alle Entscheidungen allseits für den Rat der Stadt Trier vorbereitet haben werden, weshalb auf das nachkommende Votum der Ortsbeiräte auch gut verzichtet werden kann, weil es für die „übergeordneten“ Entscheidungserwägungen des Rates keine Rolle mehr spielt, was die Bürger/innen vor Ort zu diesem Thema Denken und welchen politischen Willen sie formulieren.

Da ist es auch nur ein kleiner Trost, dass den jeweiligen Ortsvorstehern die komplette Vorlage schon jetzt übersandt wurde und für die einzelnen Ortsbeiräte dort einzusehen ist. Dennoch geht es hierbei nicht um möglichst frühes (folgenloses) Wissen, sondern um die praktische Kommunikation des zuvor von den Ortsbeiräten gefassten politischen Willens, der in die Willensbildung des Rates miteingehen soll, damit er realisiert werden kann.

„Nach der Beratung in den Fachausschüssen wird Ihnen [in den Ortsbeiräten, J.V.] die Vorlage Nr. 049/2013 zugesandt“ (Einladung, Tagesordnungspunkt 3., ebd.). – Dank! – Nein Danke!